



öffentliche Sitzung

Datum: 07.03.2016

Tagesordnungspunkt: 5	Vorlage Nr. VWA X/47
Thema: Sicherung eines ausgewogenen Wohnraumangebots durch sozialen Wohnungsbau hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion	
<u>Verfasser:</u> Dezernat: ELB Abteilung: Name: Dr. Frank Wiehe	 Helmut Riegger Landrat
Vorberatung am: 07.03.2016	Entscheidung am:

Anlage:

Anlage 1: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.02.2016

Anlage 2: Zusammenfassung Arbeitsgruppe I Integrations-Workshop

Anlage 3: Einladungsschreiben Bürgermeisterdienstbesprechung am 01.03.2016

Antrag:

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Vorgehen zu.

Begründung zur Vorlage VWA X/47

Der BSA hatte sich bereits in seiner Sitzung am 21.09.2015 im Dialog mit der Kreisbaugenossenschaft Calw eG mit der Situation des sozialen Wohnungsbaus befasst. Angesichts des anhaltenden Flüchtlingszuzugs ist dieses Thema noch stärker in den Fokus gerückt.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat nunmehr mit Schreiben vom 08.02.2016 einen Antrag zur „Sicherung eines ausgewogenen Wohnraumangebots durch sozialen Wohnungsbau“ gestellt (Anlage 1). Darin schlägt sie vor,

1. im Rahmen einer wohnungswirtschaftlichen Konferenz („Runder Tisch“) die Möglichkeiten verstärkten sozialen Wohnungsbaus im Kreis Calw auszuloten und in Gang zu setzen.
2. parallel zu prüfen, ob durch die Gründung einer kreiseigenen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft die ausgewogene Versorgung mit bezahlbaren Mietwohnungen besser gewährleistet werden kann.
3. die auf den Kreis Calw anwendbaren öffentlichen Programme der Wohnungsbauförderung zur Information aller Interessenten übersichtlich zusammenzustellen.
4. die Mietobergrenzen im Zusammenhang mit dem Sozialgesetzbuch zu aktualisieren.

Die Verwaltung schlägt zum weiteren Vorgehen folgendes vor:

Zu 1. und 2. (Prüfung der Möglichkeiten einschl. einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft)

Der Landkreis hat am 29.01.2016 einen 1. Integrationsworkshop veranstaltet, in dessen Rahmen sich eine Arbeitsgruppe nach einem Fachimpuls des Pestel-Instituts intensiv mit Fragen des Wohnungsbaus beschäftigt hat. An dieser Arbeitsgruppe haben Vertreter aller in dem SPD-Antrag genannten Institutionen teilgenommen. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe wurden allen Mitgliedern des Kreistags bereits übersandt. Eine Zusammenfassung ist der Vorlage in Anlage 2 beigefügt.

Offen blieb dabei insbesondere die Rollenverteilung zwischen den Städten und Gemeinden auf der einen Seite und dem Landkreis auf der anderen Seite. Es versteht sich von selbst, dass Aktivitäten des Landkreises auf diesem Gebiet nur gemeinsam mit den Städten und Gemeinden entwickelt werden können.

Aus diesem Grund hat der Landrat die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aller 25 Kommunen für den 01. März zu einer Dienstbesprechung zu diesem Thema ins Landratsamt eingeladen (Anlage 3). Über das Ergebnis der Besprechung wird in der Sitzung berichtet.

Zu 3. (Übersicht Wohnungsbauförderung)

Die Verwaltung wird diese Übersicht erstellen und dem Ausschuss nach Möglichkeit bereits zu der Sitzung als Tischvorlage präsentieren.

Zu 4. (Anpassung Mietobergrenzen)

Die Verwaltung hat die Mietobergrenzen aktuell überprüft. Weiterer Vortrag erfolgt dazu in der Sitzung.